LL 13 UT Ulrike Täck

Tagesordnungspunkt: 4.2. Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Selbstvorstellung



Alter:
52
Geschlecht:
weiblich

Bewerbung um einen Listenplatz ab Nummer 13

für die Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Liebe Freund*innen!

Manchmal denke ich, es muss doch schneller gehen, aus den fossilen Energieträgern auszusteigen und es muss doch schneller gehen, kein Einwegplastik mehr zu verwenden. Aber wir sehen, wie grenzenloses Wachstum eine nachhaltige Veränderung unserer Gesellschaft bremst.

Für die Kandidatur für die kommenden Bundestagswahlen möchte ich meine Erfahrungen aus Beruf und Politik einbringen. Meine Schwerpunktthemen sind Energiepolitik und Kreislaufwirtschaft, hier insbesondere Recycling und Ressourcen.

Am Koalitionsvertrag der heutigen Bundesregierung kann man erkennen, dass sie wirtschaftlicher Erfolg durch monetäres Wachstum definiert. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir den Begriff Wachstum neu denken müssen. Ich würde gerne mit euch darüber diskutieren, wie die Berücksichtigung der Lebensqualität und des Umweltschutzes wirtschaftssteuernder Faktor sein könnte.

Das Sammeln und Entsorgen von Einwegplastik kosten die Kommunen jährlich 700 Mio. Euro in Deutschland. Eine Steuer auf nicht recycelte Kunststoffverpackungen, wie der Präsident des EU-Rates, Charles Michel, vorschlug, könnte 1,3 Mrd. Euro Steuern in Deutschland pro Jahr einbringen. Diese Steuer sollte aber nicht pauschal im EU-Haushalt versickern, sondern für innovative Projekte rundum eine gute Kreislaufwirtschaft verwendet werden. Die Lobby der Kunststoffindustrie findet, dass dieser Vorschlag anstatt Planungssicherheit Verunsicherung in der Industrie hinterlässt. Den Lobbyverbänden und Industrien, die auf Kosten der Umwelt ihre Gewinnmaximierung betreiben, muss man die Stirn bieten.

Die derzeitige Bundesregierung will Wachstum auch bei hohen Kosten für unsere Umwelt. Beim Ausbau des Verkehrs halten sie an alten Planungsbeschleunigungsverfahren fest und sehen Natur- und Artenschutz nur als lästiges Hindernis. Eine Verkehrswende ist mit ihnen in weiter Ferne. Wir Bündnis 90/Die Grünen dürfen dies nicht akzeptieren und derartige Planungsverfahren sind zu korrigieren.

Für die CDU/CSU-SPD Koalition hat beim Thema Energie und Ressourcen das Erhalten der Versorgungssicherheit höchste Priorität und deshalb protegieren sie in ihrem Koalitionsvertrag Deutschland als Flüssigerdgas (LNG) Standort und wollen den „Tiefseebergbau“ vorantreiben. Aber bereits der Ausstieg aus der Atomkraft zeigt, dass es bei uns nicht dunkel wird, wenn wir mit modernen regenerativen Energien dagegenhalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Beispiele zeigen, dass die Bürger*innen nur von uns, Bündnis 90/Die Grünen, wahre grüne Politik zum Schutze der Natur und Umwelt erwarten können. Wir müssen einerseits Themen im Bundestag setzen und andererseits genau hinschauen, wenn Kompromisse verhandelt werden, denn unsere grünen Inhalte sind das, was die Bürger*innen sich wünschen. Dieses möchte ich mit euch gemeinsam tun, wenn ihr mir euer Vertrauen schenkt.

Eure Ulrike

Bündnis 90 / Die Grünen

- Seit 11.2014 Mitglied
- Seit 01.2015 Kreisvorstandssprecherin
- Seit 2015 Delegierte auf LPT und BDK
- 01.2017 – 03.2019 Sprecherin LAG Energie
- 2017 Kandidatin Bundestagswahl
- Seit 10.2017 Landesparteirat
- Seit 06.2018 Mitglied Kreistagsfraktion Segeberg, Ausschuss Wirtschaft Regionalentwicklung und Infrastruktur und 2. Stellvertretende Kreispräsidentin

Lebensweg

- 1968 geboren in Gifhorn, Niedersachsen
- Kind eines Schmiedes und einer Hausfrau
- 1989 Berufsausbildung Werkstoffprüferin
- Hochschulreife über zweiten Bildungsweg
- 1996 Studium Werkstofftechnik
- 1996-2009 Ingenieurin in der Schweiz
- 2004 Promotion in Materialwissenschaften
- seit 2010 Professorin Werkstoffkunde im Maschinenbau (TH Lübeck)

Bewerbung um einen Listenplatz ab Nummer 13 für die Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Liebe Freund*innen!

Manchmal denke ich, es muss doch schneller gehen, aus den fossilen Energieträgern auszusteigen und es muss doch schneller gehen, kein Einwegplastik mehr zu verwenden. Aber wir sehen, wie grenzenloses Wachstum eine nachhaltige Veränderung unserer Gesellschaft bremst.

Für die Kandidatur für die kommenden Bundestagswahlen möchte ich meine Erfahrungen aus Beruf und Politik einbringen. Meine Schwerpunktthemen sind Energiepolitik und Kreislaufwirtschaft, hier insbesondere Recycling und Ressourcen.

Am Koalitionsvertrag der heutigen Bundesregierung kann man erkennen, dass sie wirtschaftlicher Erfolg durch monetäres Wachstum definiert. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir den Begriff Wachstum neu denken müssen. Ich würde gerne mit euch darüber diskutieren, wie die Berücksichtigung der Lebensqualität und des Umweltschutzes wirtschaftssteuernder Faktor sein könnte.

Das Sammeln und Entsorgen von Einwegplastik kosten die Kommunen jährlich 700 Mio. Euro in Deutschland. Eine Steuer auf nicht recycelte Kunststoffverpackungen, wie der Präsident des EU-Rates, Charles Michel, vorschlug, könnte 1,3 Mrd. Euro Steuern in Deutschland pro Jahr einbringen. Diese Steuer sollte aber nicht pauschal im EU-Haushalt versickern, sondern für innovative Projekte rundum eine gute Kreislaufwirtschaft verwendet werden. Die Lobby der Kunststoffindustrie findet, dass dieser Vorschlag anstatt Planungssicherheit Verunsicherung in der Industrie hinterlässt. Den Lobbyverbänden und Industrien, die auf Kosten der Umwelt ihre Gewinnmaximierung betreiben, muss man die Stirn bieten.

Die derzeitige Bundesregierung will Wachstum auch bei hohen Kosten für unsere Umwelt. Beim Ausbau des Verkehrs halten sie an alten Planungsbeschleunigungsverfahren fest und sehen Natur- und Artenschutz nur als lästiges Hindernis. Eine Verkehrswende ist mit ihnen in weiter Ferne. Wir Bündnis 90/Die Grünen dürfen dies nicht akzeptieren und derartige Planungsverfahren sind zu korrigieren.

Für die CDU/CSU-SPD Koalition hat beim Thema Energie und Ressourcen das Erhalten der Versorgungssicherheit höchste Priorität und deshalb protegieren sie in ihrem Koalitionsvertrag Deutschland als Flüssigerdgas (LNG) Standort und wollen den „Tiefseebergbau“ vorantreiben. Aber bereits der Ausstieg aus der Atomkraft zeigt, dass es bei uns nicht dunkel wird, wenn wir mit modernen regenerativen Energien dagegenhalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Beispiele zeigen, dass die Bürger*innen nur von uns, Bündnis 90/Die Grünen, wahre grüne Politik zum Schutze der Natur und Umwelt erwarten können. Wir müssen einerseits Themen im Bundestag setzen und andererseits genau hinschauen, wenn Kompromisse verhandelt werden, denn unsere grünen Inhalte sind das, was die Bürger*innen sich wünschen. Dieses möchte ich mit euch gemeinsam tun, wenn ihr mir euer Vertrauen schenkt.

Eure Ulrike

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Bündnis 90 / Die Grünen

- Seit 11.2014 Mitglied
- Seit 01.2015 Kreisvorstandssprecherin
- Seit 2015 Delegierte auf LPT und BDK
- 01.2017 – 03.2019 Sprecherin LAG Energie
- 2017 Kandidatin Bundestagswahl
- Seit 10.2017 Landesparteirat
- Seit 06.2018 Mitglied Kreistagsfraktion Segeberg, Ausschuss Wirtschaft Regionalentwicklung und Infrastruktur und 2. Stellvertretende Kreispräsidentin



Lebensweg

- 1968 geboren in Gifhorn, Niedersachsen
- Kind eines Schmiedes und einer Hausfrau
- 1989 Berufsausbildung Werkstoffprüferin
- Hochschulreife über zweiten Bildungsweg
- 1996 Studium Werkstofftechnik
- 1996-2009 Ingenieurin in der Schweiz
- 2004 Promotion in Materialwissenschaften
- seit 2010 Professorin Werkstoffkunde im Maschinenbau (TH Lübeck)

Ulrike.taeck@gruene-se-kv.de

Ulrike Täck

@UlrikeTack

ulriketack